

Morgenland im Abendland

Die Schweiz sagt nein zum Bau von Minaretten. Ist dies das Ende des Morgenlandes im Abendland? Haben die Eidgenossen sich gegen Religionsfreiheit und für Diskriminierung ausgesprochen? Erste Reaktionen auf den Ausgang der Volksbefragung könnten diesen Verdacht stützen. Doch bei aller verständlichen Aufregung: wir müssen die Moschee im Dorf lassen. In der Schweiz ging's um vier Minarette für rund 400 000 Muslime. Politiker und Medien haben in dem einstigen Modellstaat für Toleranz rechten Demagogen und Scharfmachern das Feld überlassen. Diese haben eine hysterische Angstdebatte über Ausländer und Muslime losgetreten. Angst macht blind, das wissen wir. Angst führt zu Fehlentwicklungen. Genau das ist in der Schweiz passiert. Fehler lassen sich korrigieren. Und genau darauf hoffe und vertraue ich.

Der Schweizer Volksentscheid gegen Minarette ist ein Präzedenzfall. Er konterkariert die in der Menschenrechts-Charta garantierte Religionsfreiheit. Es ging bei dieser Abstimmung nicht um Ästhetik. Es ging nicht darum, wie Minarette gebaut werden. Darüber kann und soll diskutiert werden. Ich bin sehr für eine Debatte um eine Architektur, die zeitgenössisch sowie bautechnisch „schön“ ist und die gleichzeitig religiösen Erfordernissen Rechnung trägt.

In der Schweiz geht's um die grundsätzliche Frage, ob die Mehrheit einer Minderheit vorschreiben darf, wie diese ihre Gotteshäuser zu bauen hat. Dies legt der Volksentscheid nahe, der in der schweizer Verfassung ein Bauverbot für Minarette verankern will. Minarette sind kein Gotteshaus an sich, aber sie sind Teil des muslimischen Gotteshauses. Wenn eine Moschee ohne Minarett gebaut werden soll, dann darf das einzig und allein die Entscheidung der muslimischen Bauträger sein.

Ignaz Bubis, der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden, hat einmal über den Neubau von Synagogen den folgerichtigen Satz gesagt: „Wer baut, will bleiben“. Genau darum geht's. Und deshalb schmerzt der Ausgang des Plebiszits. Denn ein Teil der Schweizer Bevölkerung hat deutlich gesagt: Ihr seid hier nicht willkommen, ihr sollt hier nicht bleiben.

Die Schweizer haben im Grunde nicht gegen Minarette abgestimmt, sondern gegen die Werte ihrer eigenen Verfassung. Das Abstimmungsergebnis steht im krassen Wider-

spruch zum Schweizer Modell, das bisher für Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz stand. Der Kollateralschaden dieses Urnengangs lässt sich bislang nicht absehen. Ebenso wenig die Wirkung auf andere Länder Europas.

Ich fürchte, wenn es eine ähnliche Abstimmung in Deutschland gäbe, würde es zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Das liegt daran, dass die Islamfeindlichkeit zugenommen hat und die Debatten um den Islam immer mehr zu Angstdebatten ausarten. Teile der Politik bagatellisiert dieses Phänomen, redet es klein oder betreibt sogar selbst aktiv *Islambashing*, anstatt entschlossen dagegen vorzugehen.

Meist kommt die Phobie ganz adrett oder harmlos daher: Entweder als sogenannte Kritik an den Muslimen – nach dem Motto: „man wird doch noch sagen dürfen“. Oder es werden diffuse Warnungen vor der „Islamisierung Europas“ in die Welt gesetzt - wie in der Schweiz geschehen. Oft verbergen sich dahinter blanker Rassismus oder heillose Fremdenangst. Warum sonst nimmt die Hetze gegen Muslime derart zu, die gepaart mit Desinformationen über den Islam propagandistisch durch ein weit gestreutes Netzwerk unters Volk gebracht wird? Wir ernten jetzt, was selbst ein Teil unserer so genannten Elite vormacht: Sie führen Angstdebatten, anstatt Lösungen auf den Tisch zu legen, wofür sie eigentlich bezahlt werden.

Langfristig kann es unsrer Gesellschaft nur zum Schaden gereichen, wenn wir nicht endlich jenen „Hasspredigern“ entschlossen entgegentreten, die eine Glaubensgemeinschaft von mehr als vier Millionen pauschal verleumden.

Um eine sich ausbreitende Stimmung der Intoleranz gegenüber Muslimen zu ändern, brauchen wir mehr denn je den Dialog der Religionsgemeinschaften. Wir müssen die Begegnung aller gesellschaftlichen Gruppen fördern. Mir fällt einiges dazu ein, wie wir das hinkriegen können: Tage der offenen Moschee, Kirchentage, Islamkonferenzen. Aber mehr als alles andere brauchen wir das Gespräch mit unseren Nächsten, mit den Nachbarn, den Bekannten, den Arbeitskollegen. Und wir brauchen viel mehr mutige Politiker und Journalisten, die klar Position beziehen gegen Intoleranz und Angst-mache. In Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Verunsicherung sowie zunehmender Identitätskrisen fallen einigen Leuten nur noch Sündenbockdiskussionen und Schwarze-Peter-Spiele ein. Ich wünsche mir, dass sich dagegen in Zukunft klarer und deutlicher mutige Politiker, Journalisten und Kirchenfrauen- und -männer engagieren. Ich wünsche mir, dass der Geist der europäischen Aufklärung, auf die wir zurecht so

stolz sind, die Integrationsdebatte um folgenden Gedanken von Friedrich II. bereichert, der 1740 verfügt hat: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sich zu ihnen bekennen, ehrliche Leute sind. Und wenn die Türken [...] kämen und wollten hier im Lande wohnen, dann würden wir ihnen Moscheen [...] bauen.“

Unsere Toleranzfähigkeit misst sich nicht am Getöse, wie oft wir das Wort Toleranz in den Mund nehmen, sondern, ob man es auch praktisch anwendet und bereit ist, dafür einzustehen, auch wenn es im Moment noch so unpopulär erscheint.